

Transnationale Diskurse

Zur Analyse politischer Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit

In der Debatte um ein europäisches Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizit wird häufig bemängelt, dass innerhalb der Europäischen Union keine transnationalen Diskurse geführt würden. Zwar informierten die nationalen Medien über europapolitische Entscheidungen, ein vorheriger grenzüberschreitender Meinungs Austausch sei jedoch nicht zu beobachten. In diesem Beitrag wird erstens definiert, was unter einem transnationalen Diskurs in Europa genau zu verstehen ist, zweitens wird eine diskursanalytische Methode vorgeschlagen, mit der sich massenmediale Diskurse studieren lassen, während drittens am Fall der öffentlichen Debatte zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei empirische Ergebnisse präsentiert werden. Die allgemein gehaltene These, nach der grundsätzlich keine transnationale Interdiskursivität in der europäischen Medienöffentlichkeit zu beobachten ist, muss daher als nicht länger haltbar zurückgewiesen werden.

1. Einleitung¹

In der politikwissenschaftlichen Europaforschung besteht heute weit reichende Übereinstimmung darüber, dass sich die Europäische Union zu einem supranationalen Herrschaftsverband unter der legislativen Führung des Ministerrates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission entwickelt hat, in dem tatsächlich *regiert* wird, also rechtlich verbindliche Entscheidungen von einer Reichweite getroffen werden, die zuvor allein souveränen Nationalstaaten vorbehalten waren (Jachtenfuchs 2001). Dieser europäische Einigungsprozess hat faktisch dazu geführt, dass eine erhebliche Anzahl politischer Sachentscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, unmittelbare Rechtsgültigkeit in den jeweiligen Mitgliedsstaaten erlangen, ohne einem nationalstaatlichen Entscheidungsverfahren zu unterliegen. Ein solch epochaler Wandel von Staatlichkeit hin zu einem vielschichtigen Regierungssystem jenseits des Nationalstaates wird aus demokratietheoretischer Perspektive häufig als problematisch eingeschätzt. Schließlich drohe in dieser »postnationalen Konstellation« die akute Gefahr, dass hinter der supranati-

1 Dieser Beitrag ist innerhalb des Forschungsprojekts »Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU« im Rahmen des SFB »Staatlichkeit im Wandel« an der Universität Bremen entstanden. Der Autor dankt dem Projektleiter Bernhard Peters sowie den ProjektmitarbeiterInnen Michael Brüggemann, Katharina Kleinen-v. Königslöw und Stefanie Sifft für intensive Diskussionen, deren Erträge teilweise in diesen Aufsatz eingeflossen sind. Für hilfreiche Kommentare und Anregungen danke ich außerdem Tanjev Schultz, Marianne van de Steeg und den GutachterInnen der ZIB.

onal vollzogenen ökonomischen Integration die nationalstaatlich verfassten demokratischen Prozesse hoffnungslos zurückbleiben könnten (Habermas 1998: 135f).

So wird auch in der Literatur zum europäischen Demokratiedefizit heute kaum noch behauptet, dass sich die Europäische Union allein durch institutionelle Reformen ausreichend demokratisieren und damit legitimieren lasse. Demokratie setze auch auf europäischer Ebene die faktische Konstitution eines öffentlichen Medien- und Kommunikationsraums voraus, damit sich die Bürger über politische Vorhaben informieren können, denn wie sonst sollten sie sich aktiv an politischen Prozessen beteiligen und zu wohlbegründeten kollektiven Entscheidungen gelangen. Über den »demokratischen Gehalt eines politischen Systems sagt die Existenz gewählter Parlamente, die heute fast überall gewährleistet ist, weniger aus als die Pluralität, innere Repräsentativität, Freiheitlichkeit und Kompromißfähigkeit des intermediären Bereichs der Parteien, Verbände, Assoziationen, Bürgerbewegungen und Kommunikationsmedien. Wo ein Parlament nicht auf einer solchen Struktur aufruhet, die die ständige Wechselbeziehung zwischen Volk und Staat sichert, bestehen zwar demokratische Formen, doch fehlt ihnen die demokratische Substanz« (Grimm 1995: 588). Die »Vielfalt der Interessen, der Meinungen, der Werthaltungen einer pluralistischen Gesellschaft kann sich ausreichend nur über eine solche partizipatorische Infrastruktur, nicht in der Wahl der Repräsentativkörperschaften allein zur Geltung bringen; eine Struktur, die sich natürlich nicht unabhängig von den Kommunikationsbedingungen herausbilden« (Kielmansegg 1996: 57) könne. Demnach ließe sich das »Demokratiedefizit nur beheben, wenn zugleich eine europäische Öffentlichkeit entsteht, in die der demokratische Prozess eingebettet ist. In komplexen Gesellschaften entsteht demokratische Legitimation aus dem Zusammenspiel der institutionalisierten Beratungs- und Entscheidungsprozesse mit der informellen, über Massenmedien laufenden Meinungsbildung in den Arenen der öffentlichen Kommunikation« (Habermas 2001: 119). Die Beantwortung der Frage nach der Performanz einer europäischen Medienöffentlichkeit erscheint vor diesem Hintergrund als essenziell für die Beantwortung der Frage nach dem Demokratiegehalt europäischen Regierens.

Tatsächlich kann in modernen Gesellschaften eine europapolitische Meinungs- und Willensbildung, an der Vertreter der Politik, des Rechts, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Medien selbst als aktive Sprecher sowie alle interessierten Bürger zumindest als passive Beobachter teilnehmen können, nur noch unter massenmedialen Bedingungen funktionieren. Wir wissen heute, dass den Massenmedien die entscheidende Aufgabe zukommt, als letzte Instanzen zwischen den europäischen Machtzentren, in denen kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden, und den Bürgern, die diesen politischen Regelungen anschließend unterworfen sind, zu vermitteln. Die jüngsten »Eurobarometerdaten« zeigen eindeutig, dass die europäischen Bürger in erster Linie die Massenmedien nutzen, um sich über die Europäische Union zu informieren. Dabei gaben 66% der Befragten an, sie informieren sich über das Fernsehen, 46% nutzen die Tageszeitung als Informationsquelle, während 31% auf das Radio zurückgreifen; demgegenüber gaben nur 21% der Befragten an, dass sie sich bei Gesprächen mit Verwandten, Freunden und Kollegen über die EU informieren würden, während Bücher, Broschüren und Infor-

mationsblätter nur noch 9% der Bürger erreichen und sich lediglich 3% auf Treffen und Veranstaltungen informieren (Eurobarometer 2004: 24). Aber auch für die verantwortlichen Entscheidungsträger innerhalb der Europäischen Kommission, die den fortschreitenden Integrationsprozess maßgeblich mitbestimmen, stellen die Massenmedien eine dankbare Chance dar, um die nationalen Öffentlichkeitsräume aufmerksam im Blick zu behalten. So verdeutlichen die Interviews von Liesbet Hooghe (1999) mit hochrangigen Kommissionsbeamten, dass deren persönliche Ansichten zur Zukunft des europäischen Integrationsprozesses durch öffentliche Meinungen über die Europäische Union geprägt wurden, die sie in den nationalen Massenmedien kontinuierlich beobachtet haben. Ihre *Bilder von Europa* sind selbstredend nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern bis zu einem gewissen Grad durch öffentliche Debatten beeinflusst (Hooghe 1999: 356). Somit lässt sich einerseits aus den »Eurobarometerdaten« ableiten, dass die europäischen Bürger nicht nur ihre Informationen, sondern zudem ihre Meinungen über die Europäische Union insbesondere aus der öffentlichen Medienberichterstattung gewinnen; andererseits belegt die Studie von Liesbet Hooghe (1999), dass auch die Kommissionsbeamten vor allem die nationalen Massenmedien nutzen, um sich ein Bild der öffentlichen Meinung über die Europäische Union zu verschaffen.

Die Leistung einer europäischen Medienöffentlichkeit müsste dann in der aufmerksamen Beobachtung und wechselseitigen Integration europapolitischer Diskurse bestehen, die in den politischen Institutionen und in den jeweiligen Öffentlichkeitsarenen der Mitgliedsstaaten geführt werden, um diese anschließend gebündelt an die national organisierten Mediensysteme zurückzukoppeln. Eine europäische Medienöffentlichkeit könnte demnach nur entstehen, wenn »sich die intakt bleibenden Kommunikationskreisläufe der nationalen Arenen *füreinander* öffnen« und »so miteinander verschränken, dass die relevanten Beiträge osmotisch aus den jeweils anderen Arenen aufgesogen« (Habermas 2001: 120, Hervorh. dort) würden. Massenmediale Öffentlichkeiten funktionierten dann als allgemein zugängliche Foren, in denen die europäischen Bürger, die politischen Akteure und die beteiligten Journalisten den sie betreffenden oder den von ihnen selbst geführten Diskurs kritisch beobachten könnten. Ob aber innerhalb der Europäischen Union über gesamteuropäische Angelegenheiten politische Diskurse geführt werden und diese in der medialen Wirklichkeit beobachtbar sind, wird in der Literatur stark angezweifelt. Aus dem Fehlen eines europäischen Kommunikationssystems würde zwangsläufig folgen, dass »es auf längere Sicht weder eine europäische Öffentlichkeit noch einen europäischen politischen Diskurs geben« (Grimm 1995: 589) könne, da die notwendige Infrastruktur zur »öffentlichen Meinungs- und Willensbildung einstweilen nur innerhalb der Nationalstaaten« bestünde (Habermas 2001: 120). Ein »europäischer Diskurs, getragen von europäischen Medien, geführt vor einem und mit einem europäischen Publikum – das mag eine Vision sein« (Kielmansegg 1996: 57), die jedoch nicht der sozialen Wirklichkeit entspreche. Diese ersten Vermutungen zur Nichtexistenz einer europaweiten Diskursöffentlichkeit ebnen zweifellos innovativen Forschungsfragen den Weg, die von der empirischen Medieninhaltsforschung jedoch noch nicht angemessen aufgegriffen worden sind.

In diesem Beitrag wird zunächst argumentiert, dass ein wesentliches Merkmal einer europäischen Diskursöffentlichkeit ihre transnationale Reichweite ist. Nur wenn ein grenzüberschreitender Meinungsaustausch in den massenmedialen Öffentlichkeiten der EU-Mitgliedsstaaten zu beobachten ist, lässt sich sinnvoll von einem *europäischen politischen Diskurs* sprechen. Danach wird eine diskursanalytische Methode vorgeschlagen, mit der sich die Interaktionsstrukturen öffentlicher Debatten in nationalen Massenmedien empirisch untersuchen lassen. Schließlich wird am Fall der öffentlichen Debatte zu einem eventuellen EU-Beitritt der Türkei, die in deutschen, französischen und britischen Qualitätszeitungen lebhaft referiert und geführt wurde, zu zeigen sein, ob und inwieweit wir hier auf einen transnationalen Diskurs verweisen können, der die zuvor entwickelten Kriterien erfüllt. Im Fazit werden die wichtigsten Ergebnisse in fünf Thesen zusammengefasst.

2. *Woran erkennt man transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit?*

In der vorliegenden Literatur zum Thema »Europäische Öffentlichkeit« wird bereits seit einiger Zeit nach einem normativ angemessenen Verständnis *europäischer politischer Diskurse* in der massenmedialen Öffentlichkeit gesucht, das die empirische Medieninhaltsforschung als Operationalisierung verwenden könnte. Dabei wurde recht bald die ursprüngliche Idee verworfen, dass eine diskursive Öffentlichkeit auf gesamteuropäischer Kommunikationsebene *zwangsläufig* eine gemeinsame Sprache und ein einheitliches europäisches Mediensystem voraussetzen würde. Stattdessen wird heute aus guten Gründen vielfach davon ausgegangen, dass auch die etablierten, national organisierten Massenmedien als ein nahezu gleichwertiges Äquivalent dienen *könnten*. Nicht eine »länderübergreifende europäische Öffentlichkeit« sollte das kurzfristige Ziel sein, sondern »die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten« (Gerhards 2000: 288), schließlich würde niemand behaupten wollen, es liege per se ein nationales Öffentlichkeitsdefizit vor, nur weil die Bürger viele verschiedene Informationsmedien nutzen und nicht alle die gleiche überregionale Tageszeitung lesen. Im Gegenteil: Gerade eine vielfältige Medienkultur ist eines der wichtigsten Qualitätsmerkmale demokratischer Öffentlichkeit, die auch auf europäischer Ebene zu erhalten wäre. Nahezu unbestritten ist aber eben auch, dass sich die nationalen Massenmedien im Zeitalter europäischer Integrationsentwicklungen in einem anderen Licht zeigen sollten, denn tatsächlich darf ein »europäisiertes Kommunikationssystem [...] nicht mit vermehrter Berichterstattung über europäische Themen in den nationalen Medien verwechselt werden« (Grimm 1995: 588).

An welchen Merkmalen sich aber *europäische politische Diskurse* in den nationalen Massenmedien erkennen lassen, ist bis heute nicht sehr klar und überzeugend bestimmt worden. Klaus Eder und Cathleen Kantner sprechen bereits dann von »diskursiven Interaktionen in der europäischen Öffentlichkeit«, wenn in den »nationalen Medien zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten diskutiert« (Eder/Kantner 2002: 81) würden. Demnach sei »die *thematische Verschränkung* zwischen den verschiedenen medialen Arenen [...] der beste Indika-

tor für *Interdiskursivität*« und damit »ein Kriterium für das Bestehen politischer Kommunikation« (Eder/Kantner 2002: 84, Hervorh. dort) in Europa. Christiane Eilders und Katrin Voltmer gehen davon aus, dass »sich zumindest Ansätze eines europäischen Diskurses feststellen« ließen, wenn in den Kommentierungen meinungsführender Tageszeitungen »europäische Themen und europäische Akteure« (Eilders/Voltmer 2003: 251) in den Mittelpunkt gestellt würden. Ein ausreichender Beitrag der Printmedien zur Entwicklung einer europäischen Diskursöffentlichkeit bestünde »folglich in einer Inklusion europäischer Themen und Akteure« (Eilders/Voltmer 2003: 255) in die meinungsorientierten Darstellungsformen überregional verbreiteter Tageszeitungen. Marianne van de Steeg vertritt die Ansicht, dass ein sinnvoller Begriff von »diskursiven Interaktionen« in der europäischen Öffentlichkeit »durch den Nachweis tatsächlicher Austauschbeziehungen zwischen den Diskursarenen abgesichert werden« (van de Steeg 2003: 181) müsse. Diese diskursiven Interaktionen seien dann zu beobachten, wenn ein Gastautor aus einem anderen Land in den nationalen Medien publizierte, Beiträge aus den Zeitungen anderer Länder als Nachdruck erschienen und ausländische Akteure in den Artikeln erwähnt oder zitiert würden (van de Steeg 2003: 181).

In all diesen Begriffsbestimmungen wird übersehen, dass das wesentliche Merkmal einer europäischen Diskursöffentlichkeit ihre transnationale Reichweite sein muss (Peters 1999: 665f). Die Rede von einem *europäischen* Diskurs setzt bereits ein gewisses Maß an *Transnationalität* zwingend voraus. Rein analytisch bestehen in der horizontalen Dimension nur zwei Möglichkeiten, wie in Europa diskutiert werden kann: Wenn mehrere Akteure aus dem gleichen Land über ein europapolitisches Thema diskutieren, sprechen wir von einem nationalen Diskurs, schließlich bewegt sich die diskursive Kommunikation vollständig im nationalen Raum; wenn hingegen mehrere Akteure aus verschiedenen Ländern gemeinsam über ein europapolitisches Thema diskutieren, sprechen wir von einem transnationalen Diskurs, schließlich passiert die diskursive Kommunikation nationale Grenzen. Eine *transnationale Diskursgemeinschaft* würde also schon terminologisch voraussetzen, dass derjenige Diskursteilnehmer, der in seiner Meinungsäußerung auf einen anderen Sprecher Bezug nimmt, einem anderen Land zugeordnet werden kann und somit ein grenzüberschreitender Kommunikationsfluss konstituiert wird. Transnationale Diskurse könnten demnach nur dann von Akteuren geführt werden, wenn diese erstens zu einem bestimmten Thema selbst eine Meinung formulieren und dabei zweitens auf die Meinung eines Sprechers, der einem anderen Land zugeordnet werden kann, direkt Bezug nehmen. Notwendig wäre also beispielsweise die Bezugnahme eines französischen Journalisten auf die Meinung eines deutschen Politikers, oder die kritische Reaktion des britischen Regierungschefs auf die Meinung deutscher Interessengruppen.



Abbildung 1 stellt den strukturellen Unterschied zwischen nationalen und transnationalen Diskursen grafisch dar. Die Kreise bezeichnen die jeweiligen nationalen Öffentlichkeitsräume, in denen verschiedene Diskursteilnehmer (DT) in der Regel medienvermittelt ein europapolitisches Thema diskutieren. Die Pfeile markieren die diskursiven Bezugnahmen, die die beteiligten Sprecher an andere Diskursteilnehmer richten. In nationalen Diskursen bleiben die jeweiligen Öffentlichkeitsräume undurchlässig, diskursive Bezugnahmen beschränken sich auf andere nationale Sprecher. Diskursive Interaktionen zwischen zwei oder mehr Sprechern, die sich verschiedenen nationalen Öffentlichkeitsarenen zuordnen lassen, finden nicht statt, so dass nicht sinnvoll von einem transnationalen Diskurs gesprochen werden kann. In transnationalen Diskursen hingegen öffnen sich die jeweiligen Öffentlichkeitsräume einseitig oder wechselseitig, die rein nationalen Bezugnahmen werden durch grenzüberschreitende Referenzen ersetzt oder zumindest ergänzt. Nur durch solche Interaktionsstrukturen konstituieren sich transnationale Diskurse in der massenmedialen Öffentlichkeit, jedoch kann dieses wichtige Merkmal von den oben dargestellten Begrifflichkeiten nicht hinreichend eingelöst werden.

Aus einer nahezu deckungsgleichen Konvergenz der medialen Agenden in mehreren Mitgliedsstaaten folgt noch nicht zwangsläufig ein transnationaler Diskurs zwischen den nationalen Öffentlichkeitsarenen, wie Klaus Eder und Cathleen Kantner (2002) offensichtlich annehmen, denn natürlich ist es aus diskurstheoretischer Perspektive ein erheblicher Unterschied, ob zur gleichen Zeit in mehreren Mitgliedsländern *unabhängig voneinander* über dieselben Themen debattiert wird, oder ob verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Mitgliedsländern *miteinander* über ein Thema *transnational* diskutieren und *wechselseitig* Argumente austauschen. Auch die Idee von Christiane Eilders und Katrin Voltmer (2003) kann vor diesem Hintergrund nicht ganz überzeugen, schließlich folgt aus der Kommentierung zu europapolitischen Themen noch nicht unbedingt eine diskursive Kommunikation zwischen mindestens zwei Akteuren, die verschiedenen nationalen Öffentlichkeitsräumen zugeordnet werden können. Eine öffentliche Diskussion im Sinne eines *Meinungsaustausches* zwischen mehreren Sprechern ist grundsätzlich etwas anderes als eine öffentlich artikulierte Meinungsbekundung zu einem europapolitischen Thema, bei

der zuvor geäußerte Einwände anderer Sprecher nicht berücksichtigt werden. Marianne van de Steeg (2003) wird es ebenfalls nicht gelingen, transnationale Diskurse so zu analysieren, wie sie anzunehmen scheint, denn selbst wenn sich ihre Indikatoren während der empirischen Arbeit tatsächlich nachweisen ließen, könnte sie damit nichts über die eventuelle Existenz diskursiver Austauschprozesse sagen. Schließlich muss ein Gastautor nicht unbedingt auf ausländische Sprecher diskursiv Bezug nehmen, er muss nicht einmal notwendigerweise auf irgendjemanden Bezug nehmen. Auch ausländische Akteure, die im Artikel erwähnt werden, sind keine ausreichende Bedingung für diskursive Interaktionen: Beispielsweise könnte es sich dabei um eine neutral verfasste Nachricht handeln, in der der Journalist nicht selbst auf die zitierten Meinungen reagiert und auch die in dem Artikel zitierten Sprecher nicht auf die Meinungen ausländischer Sprecher direkt Bezug genommen haben.

Zweifellos werden mit all diesen Begrifflichkeiten bestimmte Dimensionen einer Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten eingefordert, denen grundsätzlich ein diskursives Öffentlichkeitsverständnis vorausgeht und die somit das potenzielle Leistungsvermögen eines massenmedialen Kommunikationsraums nicht allein auf neutrale Informationsübermittlungen beschränkt sehen wollen. Das hier favorisierte Modell sollte demnach nicht als Alternative, sondern als Ergänzung eines bis dato nur unpräzise definierten, aber oftmals eingeforderten Merkmals einer europäischen Medienöffentlichkeit verstanden werden. So konnte verdeutlicht werden, dass in den anderen diskurstheoretischen Ansätzen das wichtige Moment *transnationaler Interaktionen*, das nach unserem Verständnis schon rein analytisch eine notwendige Bedingung für die Konstitution einer europäischen Diskursöffentlichkeit darstellt, nur unzureichend berücksichtigt wird. Im folgenden Abschnitt wird nun ausgehend von dem hier angelegten interaktiven Diskursbegriff eine inhaltsanalytische Methode vorgeschlagen, mit der sich massenmedial geführte Debatten empirisch untersuchen lassen.

3. *Wie analysiert man transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit?*

Die methodische Fachliteratur zu »Diskursanalysen« setzt sich aus einer vielschichtigen Gemengelage linguistischer, rhetorischer und kritischer Ansätze zusammen, ohne dass diese Differenzierungen als besonders trennscharf zu bezeichnen wären (Fairclough 2003: 121f). Noch unübersichtlicher wird das Feld, wenn öffentliche Diskurse in der massenmedialen Wirklichkeit mit statistischen Analysemethoden bearbeitet werden sollen, insbesondere wenn dabei die argumentative Qualität politischer Beratungsprozesse in den Mittelpunkt gerückt wird (Steenbergen et al. 2003: 27f). Praktische Methoden zu international vergleichenden Diskursanalysen fehlen bislang noch völlig, abgesehen von der komparativen Studie zur öffentlichen Abtreibungsdebatte in Deutschland und in den USA, mit der Myra Marx Ferree, William A. Gamson und Jürgen Gerhards (2002: 45f) wegweisende Pionierarbeit geleistet haben. Die Existenz dieser heterogenen Ansätze wird meist darauf zurückgeführt, dass die untersuchungsleitenden Fragestellungen, die mit Diskurs-

analysen verbunden werden, sehr vielfältig sein können, so dass zunächst die geeignete Methode für das übergeordnete Erkenntnisziel gefunden werden muss. Einerseits führt diese Situation zu zahlreichen Problemen, weil kaum auf etablierte und damit verlässliche Standards zurückgegriffen werden kann, andererseits bietet sich erst so die reelle Chance, durch die Suche nach neuen methodischen Wegen innovativen Forschungsinteressen nachzugehen und diese schließlich empirisch umzusetzen.

Wir wollten wissen, ob im europäischen Mediensystem wirklich »die politischen Diskurse fehlen« (Scharpf 1999: 674), die gerade aus demokratietheoretischer Perspektive wünschenswert wären. Jedoch interessierte uns weniger eine eventuelle Kongruenz themenspezifischer Diskursinhalte, die Reiner Grundmann, Dennis Smith und Sue Wright (2000) schon einmal am Beispiel der öffentlichen Debatte zum Kosovokrieg untersucht haben, sondern vielmehr die zugrunde liegenden Diskursstrukturen, die sich per se auch unabhängig von einzelnen politischen Entscheidungsgegenständen analysieren ließen. Wir beschränkten uns demnach zunächst auf die quantitative Durchführung einer interaktiven Strukturanalyse transnationaler Diskurse, die zwar öffentlich publizierte Meinungsbeiträge in ihren Fokus rückt, aber von der qualitativen Bewertung der vorgebrachten Argumente bewusst absieht. Dieser erste Schritt geht in gewisser Weise einer stärker hermeneutischen Inhaltsanalyse voraus, denn erst wenn es tatsächlich einen grenzüberschreitenden Meinungsaustausch gibt, lassen sich normative Qualitätsstandards an den praktischen Diskurs anlegen. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass somit aus den empirischen Ergebnissen zuverlässige Aussagen nur zu einem bestimmten, aus unserer Perspektive jedoch wichtigen Diskursmerkmal abgeleitet werden können, nämlich zur nationalen oder eben transnationalen Interaktionsstruktur öffentlicher Debatten. Diese Einschränkung hat zweifellos Konsequenzen für die Prüfung der These, nach der es der europäischen Medienöffentlichkeit an transnationalen Diskursen mangelt, denn natürlich ist das Diskurspotenzial einer europäischen Öffentlichkeit sehr stark von dem zugrunde gelegten Diskursbegriff abhängig.

Eben wurde begrifflich festgelegt, dass transnationale Diskurse nur dann von Akteuren geführt werden, wenn diese erstens zu einem bestimmten Thema selbst eine Meinung formulieren und dabei zweitens auf einen Sprecher, der einem anderen Land zugeordnet werden kann, diskursiv Bezug nehmen. Entscheidend sind demnach erstens die Darstellungsformen, in denen Europapolitik medial übermittelt wird (Semetko/Valkenburg 2000: 97f). Sprecher, die in den Massenmedien einen eigenen Beitrag veröffentlichen, können sich einerseits auf die neutrale Übermittlung von Aussagen, Positionen und Meinungen anderer Akteure beschränken, ohne dabei eine eigene Meinung zu formulieren. Dahinter verbirgt sich die klassische Nachricht, der Bericht oder die Dokumentation, in denen die Äußerungen anderer Akteure lediglich referiert werden. Andererseits können Sprecher zu diesen Aussagen, Positionen und Meinungen selbst Stellung beziehen, indem sie diese bewerten, kritisieren, problematisieren, befürworten, unterstützen oder interpretieren und so eine eigene Meinung entwickeln. Nur diese Darstellungsformen sind für transnationale Diskursanalysen relevant. Klassischerweise finden wir öffentliche Meinungs-

äußerungen in Leitartikeln, Kommentaren oder Essays, jedoch halten sich in der massenmedialen Wirklichkeit nicht alle Sprecher an die strikte Trennung von Nachricht und Meinung, so wie sie idealtypisch nahe gelegt wird. Auch einer stärker quantitativen Strukturanalyse transnationaler Diskurse muss also stets ein hermeneutisches Textverstehen vorausgehen, mit dem aus dem gesamten Sample diejenigen Beiträge ausgeschlossen werden, in denen der Autor selbst keine eigene Meinung formuliert, sondern lediglich neutral gehaltene Informationsübermittlung betreibt. Diese zentrale Unterscheidung lässt sich oftmals nicht an einem einzigen Satz festmachen, sondern ist nur durch die sorgfältige Lektüre des gesamten Beitrags zu erkennen.

Nun kommen in den Massenmedien nicht nur diejenigen Sprecher zu Wort, die als Autoren selbst einen eigenen Beitrag publiziert haben, also in der Regel die Journalisten. Viele andere Sprecher wie insbesondere die politischen Akteure nehmen an öffentlichen Debatten auf Umwegen teil, indem über ihre Meinungen ausführlich berichtet wird. Sie äußern sich in deutschen, französischen und britischen Zeitungen relativ selten in der Form eines selbst verfassten Meinungsbeitrags, sondern positionieren sich auf Pressekonferenzen, in Regierungserklärungen oder Interviews. Solche Meinungsäußerungen werden dann ihrem Nachrichtenwert gemäß ausgewählt, journalistisch aufgearbeitet und dem Publikum in direkten oder indirekten Zitaten vermittelt. Diese fragmentierten Wiedergaben von kurz gehaltenen Meinungsäußerungen über längere Zeiträume stellen Diskursanalysen vor methodische Probleme, da nicht wie bei Leitartikeln oder Essays auf einen in sich abgeschlossenen Meinungsbeitrag zurückgegriffen werden kann. Nichtsdestotrotz sind natürlich gerade die verantwortlichen nationalen und supranationalen Politiker wichtige Diskursteilnehmer, die in jeder Strukturanalyse transnationaler Diskurse berücksichtigt werden sollten. Folglich müssen die öffentlichen Stellungnahmen derjenigen Sprecher, die sich nicht in Form eines eigenen Beitrags geäußert haben, aus den relevanten Nachrichten herausgefiltert, wie bei einem Puzzlespiel zusammengefügt und unter dem Namen des jeweiligen Sprechers in Textverarbeitungsprogrammen katalogisiert werden (Fielding/Lee 1998). Wieder sollten nur diejenigen Sprecher tatsächlich Eingang in das letztendliche Sample finden, die öffentlich ihre Meinung preisgegeben haben, anstatt lediglich über einen politischen Sachverhalt wertneutral zu informieren. So entstehen *konstruierte* Meinungsbeiträge, die sich nun ebenso wie die sonstigen Meinungsäußerungen, die Leitartikeln, Kommentaren und Essays zu entnehmen sind, inhaltlich nach diskursiven Bezugnahmen untersuchen lassen. Dabei sollte aufmerksam berücksichtigt werden, dass in verschiedenen Medien derselbe Sprecher auf die gleiche Meinungsäußerung eines anderen Diskursteilnehmers mehrmals Bezug nehmen könnte, aber diese Bezugnahme natürlich nur einmal zu codieren ist.

Die zweite wichtige Unterscheidung bei der Strukturanalyse transnationaler Diskurse betrifft das Verständnis diskursiver und nicht diskursiver Bezugnahmen in öffentlichen Meinungsäußerungen: Nicht alle Erwähnungen anderer Akteure sollten als diskursive Bezugnahmen bezeichnet werden, sondern nur die eindeutigen Referenzen auf andere Diskursteilnehmer, die bereits ihre Meinung zu dem gleichen Thema mitgeteilt haben. Schließlich könnte es passieren, dass der Autor eines län-

geren Essays lediglich andere Sprecher erwähnt, die sich zu dem umstrittenen Thema geäußert haben, ohne dass er sich bemüht, selbst auf deren Positionen zu reagieren. Diskursive Bezugnahmen liegen nur dann vor, wenn der Sprecher in seinem Meinungsbeitrag zunächst die Position eines anderen Diskursteilnehmers referiert und direkt anschließend oder im weiteren Verlauf auf diese Meinung selbst befürwortend, ablehnend oder abwägend Bezug nimmt. Die rein formale Suche nach anderen Akteuren, die in einer Meinungsäußerung erwähnt werden, reicht nicht aus, entscheidend ist vielmehr die erkennbare Berücksichtigung der referierten Position bei der eigenen Meinungsbildung.

4. *Inwieweit gibt es transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit?*

Ob und inwieweit tatsächlich in der europäischen Medienöffentlichkeit transnational diskutiert wird, haben wir am Beispiel der öffentlichen Debatte um den eventuellen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union untersucht, die hauptsächlich im Vorfeld der Kopenhagener Regierungskonferenz am 14. Dezember 2002 in mehreren EU-Mitgliedsländern kontrovers geführt wurde. Auf dieser Konferenz sollte verbindlich entschieden werden, ob und ggf. wann mit der Türkei, die bereits mehrfach großes Interesse an einer baldigen EU-Mitgliedschaft bekundet hatte, erste Beitrittsverhandlungen zu führen seien. Gerade eine so folgenreiche Entscheidung sollte nicht hinter verschlossenen Türen in den europäischen Institutionen verhandelt, sondern zuvor allen Europäern öffentlich zur Diskussion gestellt werden, da sie die zukünftige Verfassung der Europäischen Union grundlegend verändern könnte. Seit dem Ratsgipfel von Helsinki, der schon 1999 stattgefunden hat, besitzt die Türkei den Status eines Beitrittskandidaten, mit dem ihr eine Vollmitgliedschaft wenigstens in Aussicht gestellt wurde. Nichtsdestotrotz drehte sich die Debatte auch Ende 2002 noch um die grundsätzliche Frage, ob die Türkei als ein islamisch geprägtes Land, das bis an den Irak und Syrien grenzt, jemals vollwertiges EU-Mitglied werden sollte, selbst wenn es die notwendigen Beitrittskriterien erfüllen würde. Umstritten waren dabei einmal mehr nicht allein die territorialen Grenzen, sondern die kulturelle und religiöse Identität Europas, die sich durch eine türkische EU-Mitgliedschaft nachhaltig verändern könnte. Schließlich verständigten sich die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat auf den deutsch-französischen Vorschlag, der Türkei ein weiteres Datum in Aussicht zu stellen, an dem unter Berücksichtigung der bis dahin vollzogenen Reformfortschritte endgültig entschieden werde, ob und ggf. wann die Europäische Kommission mit der türkischen Regierung zumindest Beitrittsverhandlungen aufnehmen soll. Die »unendliche Geschichte« (Müftüler-Bac 1998) der türkischen Annäherung an die Europäische Union wurde damit bis mindestens Ende 2004 fortgesetzt.

In der Studie wurden mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien drei der politisch, wirtschaftlich und kulturell einflussreichsten EU-Mitgliedsländer als Fälle herangezogen, in denen sich zahlreiche Sprecher aus Politik, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aktiv an der Türkei-debatte beteiligt haben. Diese

drei Länder bestimmen wie keine anderen den Prozess der europäischen Integration, geben gerade in allen Verfassungs- und Erweiterungsfragen den Kurs vor und arbeiten in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgabenbereichen traditionell eng zusammen. Gemäß der Studie von Denis Wu (2000), der mögliche Einflussfaktoren auf die jeweilige Intensität der Auslandsberichterstattung in nationalen Massenmedien statistisch getestet hat, besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der territorialen Größe, der geringen räumlichen Distanz, dem exportorientierten Handelsvolumen und dem kulturellen Einfluss eines Landes einerseits sowie der quantitativen Nachrichtenlage über dieses Land andererseits (Wu 2000: 121f), so dass mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien drei Fälle ausgewählt wurden, zwischen denen die potenziellen Konstitutionsbedingungen für transnationale Diskurse vergleichsweise günstig ausfallen dürften, weil ein grenzüberschreitender Meinungsaustausch gute Informationen über aktuelle Ereignisse und Debatten in anderen Ländern voraussetzt. Für diese Länder wurden je zwei überregionale Qualitätszeitungen als Untersuchungsmaterialien ausgewählt, nämlich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung* für Deutschland, *Le Monde* und *Le Figaro* für Frankreich, sowie *The Guardian* und *Financial Times London* für Großbritannien. Bisherige quantitative Inhaltsanalysen haben gezeigt, dass diese Zeitungen im direkten Vergleich mit anderen Printmedien relativ ausführlich über europapolitische Themen berichten, einen großen Raum für meinungsorientierte Beiträge bereitstellen und von ausländischen Redaktionen regelmäßig beobachtet werden (Kevin 2003: 53f), so dass wir gerade hier mit einiger Zuversicht nach transnationalen Diskursen suchen können. Alle Ausgaben dieser sechs Zeitungen, die im Zeitraum vom 1. November 2002 bis zum 31. Dezember 2002 erschienen sind, wurden mit den Online-Datenbanken *Factiva* und *LexisNexis* (Suchbegriffe: *Türkei* und/oder *Europäische Union*, *EU* in der jeweiligen Landessprache) komplett erhoben. Diese zwei Monate reichen aus, um eine relativ abgeschlossene Phase dieser öffentlichen Debatte vollständig einzufangen, da in den jeweils zwei Monaten davor und danach in diesen Zeitungen keine weiteren Meinungsbeiträge zum Thema veröffentlicht wurden. Aus diesem Textsample, das alle Artikel umfasst, in denen ein eventueller Beitritt der Türkei zur EU thematisiert wird, sind nun alle deutschen, französischen und britischen Diskursteilnehmer sowie alle EU-Akteure ermittelt worden, die in diesen Zeitungen öffentlich ihre Meinung zu der umstrittenen Frage preisgegeben haben, ob, wann oder unter welchen Bedingungen die Türkei ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union werden sollte. Leserbriefe wurden nicht berücksichtigt. Die Codierarbeit wurde vom Autor allein durchgeführt. Auf Basis einer Zufallsstichprobe wurde die Zuverlässigkeit des Codebooks durch eine weitere inhaltsanalytisch geschulte Person überprüft. Zur Bestimmung der Reliabilität wurde Cohens *kappa* für alle Variablen einzeln errechnet. Die erreichten Werte sind durchgängig sehr hoch und schwanken für die Bestimmung der Sprecher lediglich zwischen 1,00 (Herkunft) und 0,95 (Typ) sowie für die Bezugnahmen zwischen 0,88 (Herkunft) und 0,95 (Typ).

Nach dem ersten Auswahlverfahren, bei dem zunächst alle Akteure bestimmt wurden, die mit einer eigenen Meinung zur Türkeiidebatte beigetragen haben, hat

sich ein Sprecherensemble ergeben, das 36 deutsche Sprecher, 37 französische, 26 britische und 15 von der EU als Diskursteilnehmer umfasst. Von diesen insgesamt 114 Sprechern haben immerhin 109 mindestens einmal auf einen anderen Diskursteilnehmer diskursiv Bezug genommen, während nur fünf eine eigene Position vertreten haben, ohne einen anderen Sprecher in ihrem Meinungsbeitrag diskursiv zu berücksichtigen. Insgesamt konnten 290 diskursive Bezugnahmen codiert werden. Durchschnittlich haben die Diskursteilnehmer auf 2,7 andere Diskursteilnehmer diskursiv Bezug genommen. Trotz der relativ kleinen Fallzahlen belegen diese Daten schon sehr deutlich, dass während der Türkeidebatte nicht bloß öffentliche Meinungsbildung zu beobachten war, sondern sich eine breite Diskussion eingestellt hat. Noch einmal sei unterstrichen: Der Studie liegt eine lückenlose Vollerhebung aller sechs Zeitungen innerhalb des zweimonatigen Untersuchungszeitraums (insgesamt circa 300 komplette Ausgaben) zugrunde, so dass sich die Ergebnisse nicht auf eine repräsentative Stichprobe stützen, sondern alle Sprecher ins Sample eingegangen sind, die in diesen Zeitungen selbst einen Meinungsbeitrag platzieren konnten oder über deren Meinungsäußerungen neutral berichtet wurde.

Nationale, transnationale und supranationale Bezugnahmen

Tabelle 1 zeigt, inwieweit die verschiedenen deutschen, französischen und britischen Sprecher sowie die EU-Akteure national, transnational oder supranational diskutiert haben. Nationale Bezugnahmen wurden codiert, wenn der Diskursteilnehmer, auf den diskursiv Bezug genommen wird, dem gleichen Land zugeordnet werden konnte wie der Sprecher selbst. Transnationale Bezugnahmen wurden codiert, wenn der Diskursteilnehmer, auf den diskursiv Bezug genommen wird, einem anderen Land zugeordnet werden konnte als der Sprecher selbst. Ausschlaggebend war hier *nicht* der jeweilige Geburtsort, sondern der längerfristige Lebens- und Arbeitsmittelpunkt des Sprechers. Eine türkischstämmige Sozialwissenschaftlerin, die zwar in der Türkei geboren, aber in Deutschland aufgewachsen ist und heute an einer deutschen Hochschule lehrt, würde somit als deutsche Diskursteilnehmerin codiert. Supranationale Bezugnahmen wurden codiert, wenn der Diskursteilnehmer, auf den diskursiv Bezug genommen wird, zum Zeitpunkt der Bezugnahme einer EU-Institution zugeordnet werden konnte. Eine gesonderte Codierregel gilt für die EU-Sprecher: Hier meint nationaler Bezug die diskursive Referenz auf einen Diskursteilnehmer, der dem Heimatland des EU-Sprechers zugeordnet werden kann; transnationaler Bezug meint die diskursive Referenz auf einen Diskursteilnehmer, der nicht dem Heimatland des EU-Sprechers zugeordnet werden kann; und supranationaler Bezug meint die diskursive Referenz auf einen anderen EU-Sprecher.



In den Meinungsbeiträgen der 35 deutschen Sprecher, die sich an dem öffentlichen Diskurs beteiligt haben, konnten insgesamt 101 diskursive Bezugnahmen codiert werden (durchschnittlich 2,9 Bezugnahmen pro Sprecher). Die gleiche Anzahl erreichen die 34 französischen Sprecher (im Durchschnitt 3,0), während die 25 britischen Sprecher auf 60 diskursive Bezüge kommen (im Durchschnitt 2,4). Die 15 EU-Sprecher erreichen nur 28 diskursive Bezugnahmen (durchschnittlich 1,9), wobei dieser niedrige Wert allein darauf zurückzuführen ist, dass sich unter den EU-Sprechern keine Journalisten befinden, auf die in Deutschland, Frankreich und Großbritannien jeweils mehr als 50% der Bezugnahmen entfallen. Tatsächlich haben die 45 Journalisten 155 diskursive Bezüge zu verzeichnen (im Durchschnitt 3,4), während die Wissenschaftler (2,4) und die Politiker (2,0) insgesamt deutlich geringere Werte erreichen. Trotzdem verdeutlichen diese Zahlen, dass sich die diskursiven Interaktionsstrukturen in den drei Ländern und vor allem in Deutschland und Frankreich nicht sehr stark unterscheiden. Obwohl sich etwas weniger britische Sprecher an der Debatte beteiligten, wurde durchschnittlich in allen drei Ländern ähnlich oft diskursiv Bezug genommen. Augenscheinlich ist jedoch, dass sich in Frankreich deutlich mehr Wissenschaftler zu Wort gemeldet haben als in Deutschland und insbesondere in Großbritannien, wo zahlreiche Kolumnisten, die als Journalisten codiert wurden, den öffentlichen Diskurs dominiert haben.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn die Trans- und Supranationalität der diskursiven Bezugnahmen in den Blick genommen wird. Deutschland zeichnet sich zumindest in der Türkeiidebatte durch eine eher national ausgerichtete Diskursöffentlichkeit aus, immerhin entfielen 52,5% der diskursiven Bezugnahmen von deutschen Sprechern auf nationale Diskursteilnehmer, nur 30,7% auf ausländische Diskursteilnehmer und 16,8% auf supranationale Diskursteilnehmer. In Frankreich hingegen stehen 35,6% nationalen Referenzen schon 40,6% transnationale Bezüge gegenüber, während auch die supranationalen Bezüge mit 23,8% einen vergleichsweise hohen Wert erreichen. Großbritannien unterscheidet sich gravierend von den beiden anderen Ländern: Nur 8,3% der diskursiven Bezugnahmen entfielen auf natio-

nale Sprecher, erstaunliche 68,3% auf ausländische Sprecher und 23,3% auf EU-Sprecher. Dabei sind zwei Aspekte besonders bemerkenswert, nämlich die insgesamt hohe Prozentzahl an supranationalen Bezügen, obwohl nur 15 EU-Sprecher beteiligt waren, und der quasi nicht geführte nationale Diskurs in Großbritannien, obwohl sich ebenso wie in den anderen Ländern zahlreiche Journalisten an der öffentlichen Debatte beteiligten, die auf die Meinungen der nationalen Regierungs- und Oppositionspolitiker hätten eingehen können. Das erste Puzzle ist recht leicht aufzulösen, denn 47 der 68 supranationalen Referenzen entfielen auf den Präsidenten des EU-Verfassungskonvents Valéry Giscard d'Estaing. Er hatte mit seinen extrem polarisierenden Aussagen, dass die Türkei kein europäisches Land sei und ihre Aufnahme das Ende der Europäischen Union bedeuten würde, die öffentliche Debatte erst ausgelöst und war bis zuletzt im Fokus der anderen Diskursteilnehmer. Eine vergleichbar hohe Anzahl supranationaler Bezüge ist sicher in anderen Fällen nur dann zu erwarten, wenn ein ebenso gewichtiger EU-Akteur öffentlich eine so kontroverse Ansicht preisgibt. Das zweite Puzzle ist ebenfalls gut zu erklären, denn im direkten Gegensatz zu Deutschland und Frankreich, in denen die Türkeifrage innenpolitisch sehr umstritten ist, waren sich die britischen Konservativen um Duncan Smith mit Tony Blair weitgehend einig, eine baldige EU-Mitgliedschaft der Türkei kräftig zu unterstützen. Da auch die meisten britischen Kolumnisten diese Position vertreten haben, war eine kritische Auseinandersetzung mit den nationalen Politikern nicht notwendig.

Zusammengenommen ergibt sich als erstes Fazit zumindest für die Türkeiidebatte das überraschende Ergebnis, dass in Europa keineswegs die grenzüberschreitenden Diskurse fehlen, sondern vor allem in Frankreich und Großbritannien intensiv geführt werden: Insgesamt stehen nur 33,4% nationale Referenzen 43,1% transnationalen und 23,5% supranationalen Bezugnahmen gegenüber. Wenn es in den großen europäischen Ländern zu öffentlicher Meinungsbildung über ein europapolitisches Thema kommt und gegensätzliche Positionen vertreten werden, kann dies sehr wohl zu einem transnationalen Meinungsaustausch führen, an dem sich zahlreiche Sprecher beteiligen und der in den jeweiligen nationalen Qualitätszeitungen zu beobachten ist. Und selbst wenn es sich auch im Fall der Türkeiidebatte ebenso wie bei den meisten nationalen Debatten im öffentlichen Raum um eine ereignisabhängige *Event-Öffentlichkeit* handelt, die nach der politischen Entscheidungsfindung in der Regel wieder von der massenmedialen Agenda verschwindet, ist die pauschale These der Nichtexistenz transnationaler Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit nach diesen Ergebnissen empirisch nicht länger haltbar.

Innereuropäische, außereuropäische und supranationale Bezugnahmen

Offen ist jedoch noch die interessante Frage, inwieweit die deutschen, französischen und britischen Diskursteilnehmer sowie die EU-Sprecher innereuropäisch oder außereuropäisch Bezug genommen haben. Aus dem Nachweis eines transnationalen Diskurses folgt nicht notwendigerweise ein innereuropäischer Diskurs, in dem sich die Europäer selbst mit dem Problem auseinandersetzen, welche Länder sie kollektiv in die europäische Staatengemeinschaft aufnehmen wollen und welche Länder nicht der Europäischen Union angehören sollen. Theoretisch wäre es denkbar, dass die jeweili-

gen Sprecher in den europäischen Mitgliedsstaaten nicht miteinander diskutieren, sondern in ihren Meinungsbeiträgen gerade diejenigen Diskursteilnehmer adressieren, die sich außerhalb der Europäischen Union befinden. Tabelle 2 zeigt, auf welche Diskursteilnehmer die deutschen, französischen und britischen Sprecher genau Bezug genommen haben. Dabei sollte die Tabelle vertikal von oben nach unten gelesen werden, da in der obersten Zeile die bezugnehmenden Sprecher aufgeführt sind und in der ersten Spalte diejenigen Diskursteilnehmer, auf die diskursiv Bezug genommen wurde, d. h. deutsche Sprecher haben beispielsweise insgesamt auf 53 deutsche, sechs französische, einen britischen, zehn amerikanischen, zehn türkische, vier sonstige europäische Sprecher sowie 17 EU-Sprecher reagiert. Immerhin 70 (24,1%) aller diskursiven Bezugnahmen entfielen demnach auf deutsche Sprecher, gefolgt von den EU-Sprechern mit 68 (23,4%), den französischen Sprechern mit 48 (16,6%), den türkischen Sprechern mit 40 (13,8%), den amerikanischen Sprechern mit 39 (13,5%), den britischen Sprechern mit 13 (4,5%) und den sonstigen europäischen Sprechern mit 12 (4,1%) diskursiven Referenzen. Die innereuropäischen und die außereuropäischen (inkl. Türkei) Bezugnahmen sind jeweils zusammengefasst, zudem sind die innereuropäischen Referenzen ohne die jeweiligen nationalen Bezüge gesondert aufgeführt.



Insbesondere zwei Erkenntnisse lassen sich aus diesen Daten ableiten, die die vorherigen Schlussfolgerungen etwas relativieren. Erstens handelt es sich bei der Türkeidebatte offensichtlich nur sehr bedingt um einen innereuropäischen Selbstverständigungsdiskurs zwischen den europäischen Diskursteilnehmern als vielmehr um eine kontroverse Auseinandersetzung zwischen diversen europäischen, amerikanischen und türkischen Sprechern, obwohl die Europäer von einer gemeinsamen Position zur Türkeifrage weiter als je zuvor entfernt waren und sind. In allen drei Ländern, vor allem in Großbritannien, wurde deutlich häufiger auf amerikanische und türkische Diskursteilnehmer als auf alle innereuropäischen Sprecher zusammen Bezug genommen, sofern die nationalen Bezugnahmen jeweils ausgeschlossen werden. Während in Deutschland lediglich auf sechs französische, einen britischen Sprecher und auf vier sonstige europäische Sprecher diskursiv Bezug genommen wurde, stehen dem zehn amerikanische und zehn türkische Bezüge gegenüber. Noch eine größere Diskrepanz zeigt sich in Großbritannien, wo lediglich auf fünf deutsche, vier französische und fünf sonstige europäische Sprecher, aber auf zwölf amerikanische und 15 türkische Sprecher diskursiv Bezug genommen wurde. Insgesamt entfielen von den 113 transnationalen Bezugnahmen der nationalen Sprecher nur 41 auf andere innereuropäische, aber 72 auf amerikanische und türkische Diskursteilnehmer. Hinzu kommt, dass sonstige europäische Sprecher aus allen weiteren europäischen Mitgliedsländern kaum berücksichtigt wurden, denn unter den insgesamt 290 diskursiven Bezügen finden sich nur elf, die nicht den drei Untersuchungsländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien, den EU-Sprechern oder den USA und der Türkei zuzuordnen sind. Von einem integrierten europäischen Diskurs, der alle EU-Mitgliedsländer umfasst, kann demnach nicht gesprochen werden: Sogar der öffentliche Diskurs im so genannten Kern-europa bleibt mehr als fragmentiert.

Ein zweites interessantes Ergebnis betrifft die verschiedenen Sprechertypen, auf die diskursiv Bezug genommen wurde. Allein die politischen Sprecher stehen im Diskursmittelpunkt, während die öffentlichen Meinungen der zahlreichen anderen Diskursteilnehmer national kaum und transnational so gut wie nie berücksichtigt wurden. In Deutschland entfielen von insgesamt 101 Bezügen allein 86 (85,2%) auf nationale, transnationale und supranationale Politiker, in Großbritannien fiel das Resultat mit 56 Referenzen auf politische Sprecher von insgesamt 60 diskursiven Bezugnahmen noch gravierender aus. Die Zahlen belegen, dass nur 13 von den insgesamt 290 Bezügen, also nur 4,5%, auf nicht politische Diskursteilnehmer entfielen, die einem anderen Land zuzuordnen waren. Nur in Deutschland und Frankreich wurde vereinzelt auf die Meinungen nationaler Journalisten (drei bzw. vier Bezüge) und Wissenschaftler (sieben bzw. vier Bezüge) reagiert, während die öffentlich geäußerten Positionen der britischen Journalisten und Wissenschaftler (jeweils nur eine Bezugnahme) auch national so gut wie nicht berücksichtigt wurden. Eine genauere Datenanalyse, die der obigen Tabelle nicht zu entnehmen ist, bestätigt zudem, dass ein öffentlicher Diskurs zwischen Journalisten oder Wissenschaftlern, die aus verschiedenen Ländern kommen, quasi nicht stattgefunden hat, obwohl sich mit 45 Journalisten und 20 Wissenschaftlern sicher verhältnismäßig viele aktiv beteiligt haben, und wenn dann nur außereuropäisch (ein außereuropäischer Bezug

zwischen Journalisten, drei außereuropäische Bezüge zwischen Wissenschaftlern). Auch beachten nationale Journalisten so gut wie nie die jeweiligen Meinungen ausländischer Wissenschaftler (nur zwei innereuropäische und drei außereuropäische Bezüge) und nationale Wissenschaftler nie die jeweiligen Meinungen ausländischer Journalisten. Transnationale Bezüge von Politikern auf ausländische Journalisten hat es nicht gegeben, während politische Sprecher zumindest in zwei Fällen auf außereuropäische Wissenschaftler diskursiv Bezug genommen haben, ansonsten jedoch weitgehend unter sich diskutierten: Von insgesamt 59 diskursiven Bezugnahmen seitens nationaler politischer Sprecher entfielen 56 oder 94,9% auf nationale (n=27), ausländische (n=16) oder supranationale (n=13) Politiker, so dass von einer unmittelbaren Berücksichtigung der öffentlich geäußerten Meinungen anderer Akteure national wie auch transnational kaum gesprochen werden kann.

Grundsätzlich belegen die empirischen Daten dennoch zweifelsfrei, dass nicht allein nationale Sprecher in medienvermittelte Debatten über wegweisende europapolitische Entscheidungen eingebunden wurden, sondern zumindest die öffentlich geäußerten Meinungsbildungen der politischen Akteure außerhalb des eigenen nationalen Raumes kritisch beobachtet und bewusst aufgegriffen worden sind. Dieser Befund ist aufgrund der oft problematisierten Sprachbarrieren und der national organisierten Medienproduktionen keineswegs selbstverständlich, vielmehr widerspricht das hier präsentierte Ergebnis den zu Beginn zitierten Vermutungen, die kategorisch von der Nichtexistenz transnationaler Diskurse ausgehen. Gleichwohl kam es in der Türkeidebatte bestenfalls dann zu transnationalen Bezugnahmen, wenn über die Positionen von ausländischen Sprechern zunächst in den nationalen Nachrichten informiert wurde, um diese dann anschließend in Kommentaren oder Essays zu berücksichtigen. Da aber beispielsweise über die öffentlichen Meinungen ausländischer Journalisten oder Wissenschaftler in den nationalen Qualitätszeitungen nicht berichtet wurde, waren transnationale Bezugnahmen auf diese Diskursteilnehmer kaum zu beobachten. Auch auf die öffentlich geäußerten Meinungen politischer Sprecher wurde national wie transnational höchstens dann diskursiv reagiert, wenn hierzulande bereits in neutraler Form darüber berichtet wurde, was jedoch regelmäßig und ausführlich passierte. Wie eingangs vermutet könnte ein gesamteuropäischer Diskurs, in den nicht allein die politischen Sprecher aktiv einbezogen werden, nur dann funktionieren, wenn die national organisierten Massenmedien die öffentlichen Meinungsbildungen jenseits nationaler Grenzen kritischer im Auge behalten und häufiger in die internationale Berichterstattung einbauen, um so vermehrt Anknüpfungspunkte für meinungsbildende Beiträge bereitzustellen. Nicht zuletzt darin läge der demokratietheoretische Wert einer europäischen Diskursöffentlichkeit, in der nicht ausschließlich europapolitische Machtkämpfe ausgefochten und kommentiert werden, sondern in der vermehrt zivilgesellschaftliche Sprecher direkte Berücksichtigung finden, um so die politische Klasse mit überzeugenden Argumenten konfrontieren und herausfordern zu können.

5. Fazit

Erstens ist die allgemein gehaltene These, nach der innerhalb der Europäischen Union grundsätzlich keine transnationalen Diskurse geführt werden, angesichts dieser Ergebnisse nicht länger haltbar. Während deutsche Sprecher immerhin 30,7% ihrer diskursiven Bezüge an ausländische Diskursteilnehmer adressierten, haben französische und britische Sprecher insgesamt sogar häufiger transnational als national diskutiert. Hinzu kommen noch die zahlreichen diskursiven Referenzen auf supranationale Diskursteilnehmer, die ebenfalls nicht den nationalen Öffentlichkeitsräumen zugeordnet werden können.

Zweitens handelt es sich jedoch zumindest bei der Türkei-debatte weniger um einen innereuropäischen Selbstverständigungsdiskurs als vielmehr um eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen diversen europäischen, amerikanischen und türkischen Sprechern. Nur 36,3% aller transnationalen Bezugnahmen entfielen auf andere innereuropäische Diskursteilnehmer, so dass 63,7% der Referenzen an außereuropäische Sprecher gerichtet wurden, die nicht der Europäischen Union angehören, nämlich an Amerikaner und Türken. Zudem wurden Sprecher sonstiger EU-Mitgliedsländer massiv vernachlässigt.

Drittens kann nicht von einem integrierten europäischen Diskurs gesprochen werden, in dem verschiedene Sprechertypen ausgewogen berücksichtigt wurden, sondern bestenfalls von einer kritischen Auseinandersetzung aller beteiligten Sprecher mit den verantwortlichen nationalen, ausländischen und supranationalen Politikern. 87,9% aller diskursiven Bezüge entfielen auf politische Diskursteilnehmer, lediglich 12,1% wurden an andere Sprechertypen gerichtet. Transnationale Bezugnahmen zwischen oder unter Journalisten und Wissenschaftlern waren trotz reger Beteiligung kaum zu beobachten.

Viertens präsentiert der vorliegende Beitrag eine rein interaktive Strukturanalyse massenmedialer Diskurse, so dass von einer inhaltlichen Bewertung der öffentlich geführten Türkei-debatte bewusst abgesehen wurde. Hier wären zunächst normative Standards zu entwickeln, mit denen gute und schlechte Argumente sinnvoll unterschieden werden können. Die quantitativen Daten belegen allein die strukturelle Ausrichtung dieses grenzüberschreitenden Meinungsaustauschs, erlauben aber keine Rückschlüsse auf eventuelle Rationalitätssteigerungen, die unter günstigen Bedingungen durch deliberative Meinungs- und Willensbildungsprozesse möglich wären.

Fünftens müssen weitere Diskursanalysen zeigen, ob und inwieweit die Ergebnisse der hier untersuchten Türkei-debatte als verallgemeinerungsfähig erscheinen oder dem speziellen Fall geschuldet sind. Besonders aufschlussreich wären sicher Studien zu europapolitischen Themen, die wie beispielsweise die aktuellen Debatten über die geplante Europäische Verfassung oder die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts weniger außereuropäische Einflüsse vermuten lassen, sowie themenübergreifende Strukturanalysen, mit denen eventuelle Wandlungsprozesse über längere Zeiträume verglichen werden können.

Literatur

- Eder, Klaus/Kantner, Cathleen 2002: Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit, in: Berliner Debatte Initial 13: 5/6, 79-88.
- Eilders, Christiane/Voltmer, Katrin 2003: Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 51: 2, 250-270.
- Eurobarometer 2004: Public Opinion in the European Union, Report 60 (Autumn 2003), Brüssel.
- Fairclough, Norman 2003: Analysing Discourse: Textual Analysis for Social Research, London.
- Ferree, Myra Marx/Gamson, William A./Gerhards, Jürgen 2002: Shaping Abortion Discourse: Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States, Cambridge.
- Fielding, Nigel G./Lee, Raymond M. 1998: Computer Analysis and Qualitative Research, London.
- Gerhards, Jürgen 2000: Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Bach, Maurizio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden, 277-305.
- Grimm, Dieter 1995: Braucht Europa eine Verfassung?, in: Juristen Zeitung 50: 12, 581-591.
- Grundmann, Reiner/Smith, Dennis/Wright, Sue 2000: National Elites and Transnational Discourses in the Balkan War. A Comparison between the French, German and British Establishment Press, in: European Journal of Communication 15: 3, 299-320.
- Habermas, Jürgen 1998: Die postnationale Konstellation, Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen 2001: Zeit der Übergänge, Frankfurt a. M.
- Hooghe, Liesbet 1999: Images of Europe: Orientations to European Integration among Senior Officials of the Commission, in: British Journal of Political Science 29: 2, 345-367.
- Jachtenfuchs, Markus 2001: The Governance Approach to European Integration, in: Journal of Common Market Studies 39: 2, 221-240.
- Kevin, Deirdre 2003: Europe in the Media: A Comparison of Reporting, Representation, and Rhetoric in National Media Systems in Europe, Mahwah, NJ.
- Kielmansegg, Peter Graf 1996: Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen, 49-71.
- Müftüler-Bac, Meltem 1998: The Never-Ending-Story: Turkey and the European Union, in: Middle Eastern Studies 34: 4, 240-258.
- Peters, Bernhard 1999: Nationale und transnationale Öffentlichkeiten – Eine Problemskizze, in: Honegger, Claudia/Hradil, Stefan/Traxler, Franz (Hrsg.): Grenzenlose Gesellschaft?, Opladen, 661-674.
- Scharpf, Fritz W. 1999: Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik, in: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): Demokratie in Ost und West, Frankfurt a. M., 672-694.
- Semetko, Holli A./Valkenburg, Patty M. 2000: Framing European Politics: A Content Analysis of Press and Television News, in: Journal of Communication 50: 3, 93-109.
- Steenbergen, Marco R./Bächtiger, Andre/Spörndli, Markus/Steiner, Jürg 2003: Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index, in: Comparative European Politics 1: 1, 21-48.
- van de Steeg, Marianne 2003: Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU, in: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Trenz, Hans-Jörg (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen, 169-190.
- Wu, Denis H. 2000: Systemic Determinants of International News Coverage: A Comparison of 38 Countries, in: Journal of Communication 50: 2, 110-130.